



## Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Neu Rohlsdorf

Auf Grund des § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2, Absatz 2 und § 52 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 Abs. 9 des Gesetzes vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) in Verbindung mit § 15 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 des Brandenburgischen Wassergesetzes in der Fassung der Neubekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I Nr. 20 S. 12) und § 131 Abs. 1 i. V. m. § 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 266), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 2012 (GVBl. I Nr. 16 S. 3), verordnet der Landkreis Prignitz:

### § 1 Allgemeines

- (1) Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Neu Rohlsdorf nach den §§ 3 bis 5 erlassen. Begünstigter im Sinne des § 51 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes ist der Westprignitzer Trinkwasser- und Abwasserzweckverband.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in den Fassungsbereich (Zone I), in die engere Schutzzone (Zone II) und in die weitere Schutzzone (Zone III). Für diese gelten die Schutzbestimmungen nach den §§ 3 bis 5.

### § 2 Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Lage und Größe des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen ergeben sich aus der Beschreibung in der Anlage 1, der Übersichtskarte in der Anlage 2 und den in Absatz 2 genannten Karten, die Bestandteil dieser Verordnung sind.
- (2) Die Schutzzonen sind in einer topografischen Karte im Maßstab 1:10 000 und außerdem in einer Liegenschaftskarte im Maßstab 1:2 500 dargestellt. Für die Abgrenzung der Schutzzonen ist die Darstellung in der Liegenschaftskarte maßgebend. Die Karten sind mit dem Dienststempel des Landkreises Prignitz versehen. Die Karten sind bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Prignitz und in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) hinterlegt und können dort während der Dienststunden von jedermann kostenlos eingesehen werden. Eine weitere Ausfertigung der Karten befindet sich im Kreisarchiv.
- (3) Veränderungen der Topografie sowie Flurstücksgrenzen oder -bezeichnungen berühren den räumlichen Geltungsbereich der Schutzzonen nicht.

### § 3 Schutz der Zone III

In Zone III sind verboten:

- 1. das Düngen mit Gülle, Jauche, Geflügelkot, Festmist, Silersaft oder sonstigen Düngemitteln mit im Sinne der Düngeverordnung wesentlichen Nährstoffgehalten an Stickstoff oder Phosphat, a) wenn die Düngung nicht in zeit- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt b) wenn keine jährlichen schlagbezogenen Aufzeichnungen über die Zu- und Abfuhr von Stickstoff und Phosphor erstellt werden, c) auf abgeteemtem Ackerland, wenn nicht im gleichen Jahr Folgekulturen einschließlich Zwischenfrüchte angebaut werden, d) auf Dauergrünland und auf Ackerland vom 15. Oktober bis 15. Februar, ausgenommen das Düngen mit Festmist ohne Geflügelkot, e) auf Brachland oder stillgelegten Flächen, f) auf wassergesättigten, gefrorenen oder schneebedeckten Böden,
- 2. das Lagern oder Ausbringen von Fäkalischlamm oder Klärschlämmen aller Art, einschließlich in Biogasanlagen behandelte Klärschlämme,
- 3. das Errichten von befestigten Düngelagerstätten, ausgenommen mit dichtem Jauchebehälter, der über eine Leckageerkennungseinrichtung verfügt,
- 4. das Errichten von Erbecken zur Lagerung von Gülle, Jauche oder Silagesickersäften,
- 5. das Errichten oder Erweitern von Tiefbehältern zur Lagerung von Gülle, Jauche oder Silagesickersäften,
- 6. das Errichten von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Verwerten von Gülle, ausgenommen Anlagen mit Leckageerkennungseinrichtung und Sammelanlage, wenn der Wasserbehörde vor Inbetriebnahme, bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung, sowie wiederkehrend alle fünf Jahre ein durch ein unabhängiges fachkundiges Unternehmen geführter Nachweis über die Dichtigkeit der Sammelanlagen vorgelegt wird,
- 7. unbefestigte Feldrandzwischenlager für organische oder mineralische Dünger, ausgenommen für Kalk und Kali-umdünger,
- 8. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von ortsfesten Anlagen für die Silierung von Pflanzen oder die Lagerung von Silage, ausgenommen a) Anlagen mit dichtem Silersaft-Sammelbehälter, der über eine Leckageerkennungseinrichtung verfügt, und b) Anlagen mit Ableitung in Jauche- oder Güllebehälter, wenn der Wasserbehörde vor Inbetriebnahme, bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung, sowie wiederkehrend alle fünf Jahre ein durch ein unabhängiges fachkundiges Unternehmen geführter Nachweis über die Dichtigkeit der Behälter und Leitungen vorgelegt wird,
- 9. die Silierung von Pflanzen oder Lagerung von Silage außerhalb ortsfester Anlagen, ausgenommen Ballensilage im Wickelverfahren,
- 10. das Errichten oder Erweitern von Ställen für Tierbestände, ausgenommen für Kleintierhaltung zur Eigenversorgung,
- 11. die Freilandtierhaltung im Sinne der Anlage 3 Nummer 2, wenn die Ernährung der Tiere nicht im Wesentlichen aus der genutzten Weidefläche erfolgt oder wenn die Grasnarbe flächig verletzt wird, ausgenommen Kleintierhaltung für die Eierversorgung,
- 12. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, a) wenn die Pflanzenschutzmittel nicht für Wasserschutzgebiete zugelassen sind, b) wenn keine flächenbezogenen Aufzeichnungen gemäß § 6 Absatz 4 des Pflanzenschutzgesetzes über den Einsatz auf erwerbsgärtnerisch, land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen geführt werden, c) in einem Abstand von weniger als zehn Metern zu oberirdischen Gewässern, d) zur Bodenentseuchung, e) auf Dauergrünland und Grünlandbrachen,
- 13. die Beregnung landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzter Flächen oder von Sportanlagen, wenn die Beregnungshöhe 20 Millimeter pro Tag oder 60 Millimeter pro Woche überschreitet,
- 14. das Errichten von Gartenbaubetrieben oder Kleingartenanlagen, ausgenommen Gartenbaubetriebe, die in geschlossenen Systemen produzieren,
- 15. die Neuanlage von Baumschulen, forstlichen Pflanzgärten, Weihnachtsbaumkulturen, Kurzumtriebsplantagen, gewerblicher Wein-, Hopfen-, Gemüse-, Obst- oder Zierpflanzenanbau, ausgenommen Gemüse- sowie Zierpflanzenanbau unter Glas in geschlossenen Systemen und Containerproduktion von Baumschulprodukten auf versiegelten Flächen,
- 16. der Umbruch von Dauergrünland oder Grünlandbrachen,
- 17. Schwarzbrache im Sinne der Anlage 3 Nummer 3,
- 18. Erstaufforstungen mit Nadelbaumarten und Robinien,
- 19. die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart,
- 20. Holzermittlungsmaßnahmen, die Freiflächen größer als 1000 Quadratmeter erzeugen, ausgenommen Femei- oder Saumschläge,
- 21. das Errichten oder Erweitern von dauerhaften Holzlagerplätzen über 100 Raummeter,
- 22. Erdauflüsse im Sinne des § 56 Absatz 1 des Brandenburgischen Wassergesetzes, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, wie zum Beispiel das Errichten von Fischteichen größer 100 Quadratmeter, Kies-, Sand- oder Tongruben, Überlagerungsgräben oder Torfstichen, sowie Wiederverfüllung von Erdauflüssen, ausgenommen das Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen und die Herstellung von Baugruben und Bohrungen,
- 23. das Errichten von vertikalen Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme,
- 24. das Errichten, Erweitern oder Erneuern von Tiefenbohrungen über 100 Meter, Grundwasseremissionsstellen oder Brunnen, ausgenommen das Erneuern von Brunnen für Entnahmen mit wasserrechtlicher Erlaubnis oder Bewilligung,
- 25. das Errichten oder Erweitern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, ausgenommen doppelwandige Anlagen mit Leckanzeigegerät und ausgenommen Anlagen, die mit einem Auffangraum ausgerüstet sind, der das maximal in der Anlage vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen kann, und soweit a) in unterirdischen Anlagen für flüssige Stoffe der Wassergefährdungskategorie (WGK) 1 das für die Anlage maßgebende Volumen von eintausend Kubikmetern beziehungsweise bei festen oder gasförmigen Stoffen der WGK 1 die für die Anlage maßgebende Masse von eintausend Tonnen, b) in oberirdischen Anlagen für flüssige Stoffe der WGK 2 das für die Anlage maßgebende Volumen von einhundert Kubikmetern beziehungsweise bei festen oder gasförmigen Stoffen der WGK 2 die für die Anlage maßgebende Masse von einhundert Tonnen, c) in unterirdischen Anlagen für flüssige Stoffe der WGK 2 das für die Anlage maßgebende Volumen von zehn Kubikmetern beziehungsweise bei festen oder gasförmigen Stoffen der WGK 2 die für die Anlage maßgebende Masse von zehn Tonnen, d) in oberirdischen Anlagen für flüssige Stoffe der WGK 3 das für die Anlage maßgebende Volumen von zehn Kubikmetern beziehungsweise bei festen oder gasförmigen Stoffen der WGK 3 die für die Anlage maßgebende Masse von zehn Tonnen, e) in unterirdischen Anlagen für flüssige Stoffe der WGK 3 das für die Anlage maßgebende Volumen von einem Kubikmeter beziehungsweise bei festen oder gasförmigen Stoffen der WGK 3 die für die Anlage maßgebende Masse von einer Tonne nicht überschritten wird,
- 26. das Errichten von Rohrleitungsanlagen für wassergefährdende Stoffe, ausgenommen Rohrleitungsanlagen im Sinne des § 62 Absatz 1, Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes,
- 27. das Errichten von Anlagen zur behälterlosen Lagerung oder Ablagerung von Stoffen im Untergrund,
- 28. das Behandeln, Lagern oder Ablagern von Abfall oder bergbaulichen Rückständen, ausgenommen a) die vorübergehende Lagerung in dichten Behältern, b) die ordnungsgemäße kurzzeitige Zwischenlagerung von vor Ort angefallenen Abfall zur Abholung durch den Entsorgungspflichtigen und c) die Kompostierung von aus dem eigenen Haushalt oder Garten stammenden Pflanzenabfällen,
- 29. das Ein- oder Aufbringen von Abfällen oder bergbaulichen Rückständen in oder auf Böden sowie der Einbau von Abfällen, bergbaulichen Rückständen oder Ersatzbaustoffen in bodennahe technische Bauwerke,
- 30. das Errichten von Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln oder Verwenden radioaktiver Stoffe im Sinne des Atomgesetzes, ausgenommen für medizinische Anwendungen sowie Mess-, Prüf- und Regeltechnik,
- 31. das Errichten von Industrieanlagen zum Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln oder Verwenden wassergefährdender Stoffe in besonders großem Umfang wie zum Beispiel in Raffinerien, Metallhütten oder chemische Fabriken,
- 32. das Errichten von Kraftwerken oder Heizwerken, die der Genehmigungspflicht nach Bundesimmissionsschutzrecht unterliegen, ausgenommen mit Gas, Sonnenergie oder Windkraft betriebene Anlagen,
- 33. das Errichten oder Erweitern von Biogasanlagen, ausgenommen für im Wasserschutzgebiet liegende Betriebsstandorte, die Wirtschaftsdünger und Biomasse im Wesentlichen aus eigenem Aufkommen des Betriebes verwerten,
- 34. das Errichten oder Erweitern von kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen, ausgenommen die Sanierung bestehender Abwasserbehandlungsanlagen zugunsten des Gewässerschutzes,
- 35. das Errichten oder Betreiben von Abwasserkanälen oder -leitungen, wenn hierbei nicht das Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 142 „Abwasserkanäle und -leitungen in Wassergewinnungsgebieten“ eingehalten wird,
- 36. das Errichten von Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerken,
- 37. das Errichten oder Erweitern von Abwassersammelgruben, ausgenommen Anlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung des Deutschen Instituts für Bautechnik und ausgenommen monolithische Sammelgruben aus Beton, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen,
- 38. das Betreiben oder Unterhalten von Abwassersammelgruben, wenn der Wasserbehörde nicht vor Inbetriebnahme, bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung sowie wiederkehrend alle fünf Jahre ein durch ein unabhängiges fachkundiges Unternehmen geführter Nachweis über die Dichtigkeit vorgelegt wird,
- 39. das Errichten, Aufstellen oder Verwenden von Trockentoiletten oder Chemietoiletten, ausgenommen Anlagen mit dichtem Behälter,
- 40. das Einleiten von Abwasser – mit Ausnahme von Niederschlagswasserabflüssen gering belasteter Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 3 Nummer 4 – in oberirdische Gewässer, sofern die Einleitung nicht schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung wasserschützlich zugelassen war,
- 41. das Ausbringen von Schutzwasser im Sinne des § 54 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes,
- 42. das Einleiten oder Versickern von Schutzwasser im Sinne des § 54 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser,
- 43. das Einleiten oder Versickern von Niederschlagswasser in den Untergrund oder in das Grundwasser, ausgenommen das großflächige Versickern von Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone,
- 44. das Anwenden von Aufbaumitteln auf Straßen, Wegen oder sonstigen Verkehrsflächen, ausgenommen auf der Kreisstraße K 7016,

- 45. das Errichten oder Erweitern von Straßen, sofern nicht die mit Runderlass des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vom 8. Januar 2003 (AbI. S. 62) im Land Brandenburg eingeführten Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten, Ausgabe 2002 (RIS/Wag) eingehalten werden,
- 46. das Errichten oder Erweitern von Bahnhöfen oder Schienenwegen der Eisenbahn, ausgenommen Baumaßnahmen an vorhandenen Anlagen zur Anpassung an den Stand der Technik und zum Erhalt oder zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Verkehrsabwicklung,
- 47. das Verwenden wassergefährdender, auslaug- oder auswaschbarer Materialien (zum Beispiel Schlacke, Bauschutt, Teer, Imprägniermittel) zum Wege- und Wasserbau,
- 48. das Einrichten von öffentlichen Freibädern oder Zeltplätzen sowie Camping aller Art, ausgenommen Einrichtungen mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung,
- 49. das Errichten von Sportanlagen, ausgenommen Anlagen mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung,
- 50. das Errichten von Motorsportanlagen,
- 51. das Errichten von Schießständen oder Schießplätzen für Feuerwaffen, ausgenommen Schießstände in geschlossenen Räumen,
- 52. das Errichten von Golfanlagen,
- 53. das Abhalten oder Durchführen von Märkten, Volksfesten oder Großveranstaltungen,
- 54. das Durchführen von Motorsportveranstaltungen, ausgenommen das Durchfahren auf klassifizierten Straßen,
- 55. Bestaltungen,
- 56. das Errichten von Flugplätzen,
- 57. das Starten oder Landen motorgetriebener Luftfahrzeuge, ausgenommen in Fällen des § 25 Absatz 2 des Luftverkehrsgesetzes,
- 58. das Errichten von militärischen Anlagen, Standort- oder Truppenübungsplätzen,
- 59. das Durchführen von militärischen Übungen, ausgenommen das Durchfahren auf klassifizierten Straßen,
- 60. Bergbau einschließlich Erdöl- oder Erdgasgewinnung,
- 61. das Durchführen von Sprengungen, sofern die Gefahr besteht, dass dabei das Grundwasser angeschnitten wird,
- 62. die Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung.

### § 4 Schutz der Zone II

Die Verbote der Zone III gelten auch in der Zone II. In der Zone II sind außerdem verboten:

- 1. das Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist oder sonstigen organischen Düngern sowie die Anwendung von Silersaft,
- 2. das Errichten von Düngelagerstätten,
- 3. das Errichten von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Verwerten von Gülle,
- 4. die Silierung von Pflanzen oder Lagerung von Silage,
- 5. die Freilandtierhaltung im Sinne der Anlage 3 Nummer 2,
- 6. die Beweidung,
- 7. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln,
- 8. die Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen,
- 9. das Errichten, Erweitern oder Erneuern von Dränungen oder Entwässerungsgräben,
- 10. der Einsatz von forstwirtschaftlichen Kraftfahrzeugen abseits von Straßen, Wegen oder forstwirtschaftlichen Rückgassen,
- 11. das Vergraben, Lagern oder Ablagern von Tierkörpern oder Teilen davon,
- 12. das Errichten, Erweitern oder Erneuern von Brunnen,
- 13. die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme,
- 14. das Errichten oder Betreiben von Wildfütterungen, Kirsungen oder Luderplätzen,
- 15. das Errichten von Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln oder Verwenden wassergefährdender Stoffe,
- 16. der Einsatz von mineralischen Schmierstoffen zur Vermeidung von mineralischen Schallölen,
- 17. das Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe,
- 18. das Befahren mit Fahrzeugen mit wassergefährdender Ladung,
- 19. das Errichten von Transformatoren oder Stromleitungen mit flüssigen wassergefährdenden Kühl- oder Isoliermitteln,
- 20. das Behandeln, Lagern oder Ablagern von Abfall oder bergbaulichen Rückständen,
- 21. der Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes,
- 22. das Errichten von Abwasserkanälen oder -leitungen, ausgenommen Anlagen, die zur Entsorgung vorhandener Anwesen dienen, wenn hierbei das Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 142 beachtet wird,
- 23. das Errichten, Erweitern, Aufstellen oder Verwenden von Trockentoiletten oder Chemietoiletten,
- 24. das Errichten von Abwassersammel-gruben,
- 25. das Einleiten oder Versickern von Niederschlagswasser in den Untergrund oder in das Grundwasser, ausgenommen das großflächige Versickern von Niederschlagswasserabflüssen gering belasteter Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 3 Nummer 4 über die belebte Bodenzone,
- 26. das Errichten oder Erweitern von Straßen, Wegen oder sonstigen Verkehrsflächen, ausgenommen Baumaßnahmen an vorhandenen Straßen zur Anpassung an den Stand der Technik und Verbesserung der Verkehrssicherheit unter Beachtung der mit Runderlass des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr im Land Brandenburg eingeführten Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten, Ausgabe 2002 (RIS/Wag) sowie ausgenommen Wege mit großflächiger Versickerung der Niederschlagswasserabflüsse über die belebte Bodenzone,
- 27. das Einrichten von öffentlichen Freibädern oder Zeltplätzen sowie Camping aller Art,
- 28. das Errichten von Sportanlagen,
- 29. das Abhalten oder Durchführen von Sportveranstaltungen,
- 30. das Errichten von Baustelleneinrichtungen oder Baustofflagern,
- 31. das Durchführen von Bohrungen, ausgenommen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für das Grundwasser unter Beachtung der Sicherheitsvorkehrungen zum Grundwasserschutz,
- 32. das Durchführen von unterirdischen Sprengungen,
- 33. das Errichten oder Erweitern von baulichen Anlagen, ausgenommen Veränderungen in Gebäuden oder Instandhaltungsmaßnahmen.

### § 5 Schutz der Zone I

Die Verbote der Zonen III und II gelten auch in der Zone I. In der Zone I sind außerdem verboten:

- 1. das Betreten oder Befahren,
- 2. land-, forst- oder gartenbauliche Nutzung,
- 3. Veränderungen oder Aufschlüsse der Erdoberfläche.

### § 6 Maßnahmen zur Wassergewinnung

Die Verbote des § 3 Nummer 24 und 42, des § 4 Nummer 17, 21, 30 bis 33 sowie des § 5 Nummer 1 und 3 gelten nicht für Maßnahmen zur Wassergewinnung, die durch diese Verordnung geschützt ist.

### § 7 Befreiungen

- (1) Die untere Wasserbehörde kann von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.
- (2) Die untere Wasserbehörde kann auf Antrag von dem Verbot des § 3 Nummer 29 eine Befreiung erteilen, wenn der Materialeinsatz nach den vom zuständigen Fachminister eingeführten technischen Regeln für die Verwertung mineralischer Abfälle und für den Einsatz von Bodenmaterial zulässig wäre.
- (3) Die Befreiung ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform. Abweichend von Satz 1 ist eine Befreiung von dem Verbot gemäß § 3 Nummer 62 nicht widerruflich.
- (4) Im Falle des Widerrufs kann die untere Wasserbehörde vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, erfordert.

### § 8 Sicherung und Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes

- (1) Die Zone I ist vom Begünstigten auf Anordnung der unteren Wasserbehörde gegen unbefugtes Betreten, zum Beispiel durch eine Umzäunung, zu sichern.
- (2) Das Wasserschutzgebiet ist vom Begünstigten auf Anordnung der unteren Wasserbehörde durch eine entsprechende Beschilderung ausreichend zu kennzeichnen. Die Anordnung von Verkehrszeichen erfolgt durch die Straßenverkehrsbehörde auf Vorschlag der unteren Wasserbehörde.

### § 9 Duldungspflichten

- (1) Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen, sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens durch die zuständigen Wasserbehörden, den Begünstigten oder deren Beauftragte zu dulden.
- (2) Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sind darüber hinaus auf Anordnung der unteren Wasserbehörde verpflichtet: a) das Errichten und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten, b) das Aufstellen, Unterhalten und Besetzen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern, c) das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden, den Begünstigten oder deren Beauftragte zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Boden- und Vegetationsproben sowie d) das Anlegen und Betreiben von Grundwasseremissionsstellen zu dulden. Die Anordnung erfolgt durch schriftlichen Bescheid gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten. Soweit berechtigte Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit der zuständigen Bergbehörde.

### § 10 Entschädigung und Ausgleich

Entschädigung und Ausgleich sind nach Maßgabe des § 52 Absatz 4 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes und des § 16 des Brandenburgischen Wassergesetzes zu leisten.

### § 11 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 103 Absatz 1 Nummer 7a des Wasserhaushaltsgesetzes und des § 145 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe b des Brandenburgischen Wassergesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3, § 4 oder § 5 verbundene Handlung ohne eine Befreiung gemäß § 7 vornimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

### § 12 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Perleberg, den 06.09.2012

Der Landrat des Landkreises Prignitz

gez. Hans Lange

Hans Lange

Anlagen: Anlage 1 - Schutzzonen

Anlage 2 - Karte

Anlage 3 - Begriffsbestimmungen

### 3. Engere Schutzzone (Zone II)

Die inneren Grenzen der Zone II verlaufen entlang den Grenzen der Zonen I.

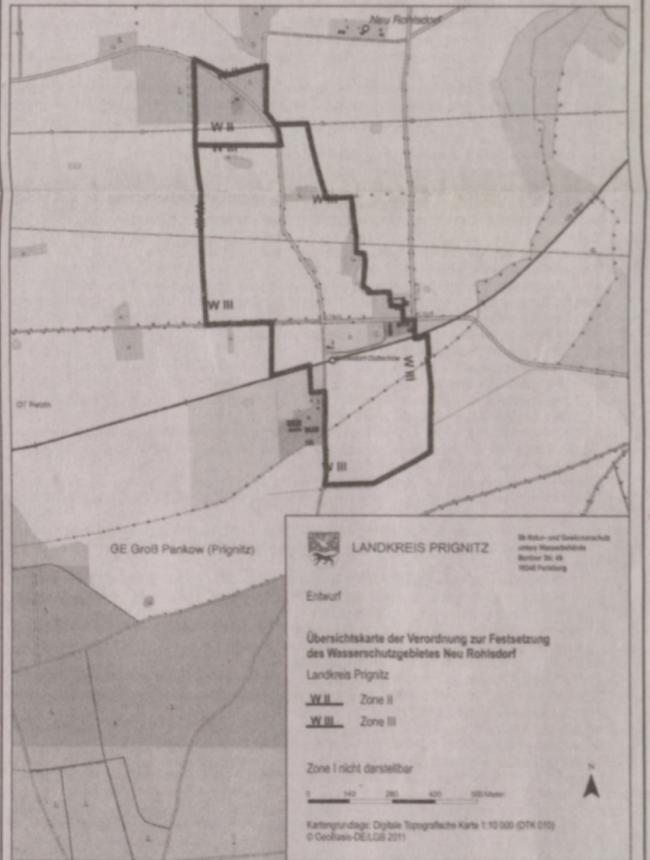
Die Beschreibung der äußeren Grenze der Zone II erfolgt im Uhrzeigersinn und beginnt im Landkreis Prignitz an einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 218 N: 58 88 103 an der südlichen Mündung eines Forstweges in die K 7016 ca. 140 m nordwestlich der Wasserwerkseinzugsung. Beginnend an einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 218 N: 58 88 103 an der südlichen Mündung eines Forstweges in die K 7016 verläuft die äußere Grenze der Zone II in der Flur 3 der Gemarkung Retzin ca. 128 m in südöstlicher Richtung entlang der K 7016 bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 330 N: 58 88 041 gegenüber einer Wegeabgabelung, von dort ca. 13 m in nordöstlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie, die K 7016 querend bis zum nordwestlichen Eckpunkt des Flurstücks 161 an der Wegeabgabelung, von dort ca. 122 m in nordöstlicher Richtung entlang dem von der K 7016 abweigenden Weg bis zum nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 163 an einem Weg bis zum südöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 163 an der K 7016, von dort ca. 24 m in südlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie, die K 7016 querend bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 461 N: 58 87 914, von dort ca. 107 m in südöstlicher Richtung entlang der K 7016 bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 505 N: 58 87 822, von dort ca. 271 m in westlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 234 N: 58 87 822, von dort ca. 280 m in nördlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie und eines Forstweges bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 218 N: 58 88 103 an der nördlichen Mündung dieses Forstweges in die K 7016, dem Ausgangspunkt der Beschreibung der äußeren Grenze der Zone II. Folgende Flurstücke der Flur 3 in der Gemarkung Retzin werden vollständig oder teilweise (tlw.) von der Schutzzone II erfasst: Flurstücke: 117 (tlw.), 118 (tlw.), 121 (tlw.), 122, 123/2, 124 (tlw.), 161, 162, 163 und 164

### 4. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Beschreibung der Grenze der Zone III erfolgt im Uhrzeigersinn und beginnt im Landkreis Prignitz am östlichsten Eckpunkt des Flurstücks 164 der Flur 3 in der Gemarkung Retzin an der Kreisstraße K 7016 ca. 150 m südöstlich des Wasserwerkes. Beginnend am östlichsten Eckpunkt des Flurstücks 125 an der Kreisstraße K 7016 verläuft die Grenze der Zone III zunächst in der Flur 3 der Gemarkung Retzin ca. 120 m in östlicher Richtung entlang einer 110 kV-Leitung bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 602 N: 58 87 891 an der Kreuzung mit einer 20 kV-Freileitung, von dort ca. 250 m in südlicher Richtung entlang der 20 kV-Freileitung bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 657 N: 58 87 646 an einer Baumreihe, von dort ca. 85 m in östlicher Richtung entlang der Baumreihe bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 740 N: 58 87 650 an einer südlich angrenzenden Baumreihe, von dort ca. 193 m in südlicher Richtung entlang der Baumreihe bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 754 N: 58 87 458 an einer Gehölzinsel, von dort ca. 30 m in östlicher Richtung entlang der Feldgrenze bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 783 N: 58 87 457, von dort ca. 105 m in südlicher Richtung entlang der östlichen Grenze der Gehölzinsel bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 788 N: 58 87 353 an einem Feldsohl, von dort ca. 24 m in südöstlicher Richtung entlang dem nordwestlichen Ufer des Feldsohls bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 805 N: 58 87 341, von dort ca. 66 m in östlicher Richtung entlang der nördlichen Grenze des Gehölzes bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 271 N: 58 87 243, von dort ca. 70 m in südlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 872 N: 58 87 272, von dort ca. 42 m in östlicher Richtung entlang der Hoffläche bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 913 N: 58 87 273, von dort ca. 34 m in südlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie bis zum nordwestlichen Eckpunkt des Flurstücks 36, von dort ca. 38 m in östlicher und ca. 35 m in südlicher Richtung entlang den Grenzen des Flurstücks 36 bis zu dessen südöstlichem Eckpunkt am Bahngelände, von dort ca. 26 m in südlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie die Bahnlinie querend bis zum nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 43, von dort ca. 37 m in nordöstlicher Richtung entlang der Bahnlinie querend bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 985 N: 58 87 192, von dort ca. 93 m in südlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie bis zum nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 10 der Flur 2 in der Gemarkung Gottschow, von dort verläuft die Grenze der Zone III zunächst in der Flur 2 der Gemarkung Gottschow ca. 247 m in südlicher Richtung entlang der östlichen Grenze des Flurstücks 10 an einer Baumreihe bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 98 014 N: 58 86 854 am Beginn des Grabens l/57, von dort ca. 50 m in südlicher, dann ca. 230 m in südwestlicher und ca. 160 m in westlicher Richtung entlang dem Graben l/57 bis zu einem Weg, von dort ca. ca. 204 m in nördlicher Richtung entlang dem Weg bis zum südwestlichen Eckpunkt des Flurstücks 43, von dort ca. 16 m in südwestlicher Richtung entlang der südöstlichen Grenze des Flurstücks 31/1, den Weg querend, bis zu dessen südwestlichem Eckpunkt, von dort ca. 125 m in nördlicher Richtung entlang der westlichen Wegseite bis zum nordöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 23/3, von dort ca. 45 m in westlicher Richtung entlang der nördlichen Grenze des Flurstücks 23/3 bis zu dessen nordwestlichem Eckpunkt, von dort ca. 91 m in nördlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie, die Bahnlinie querend, bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 606 N: 58 87 094, von dort ca. 128 m in südwestlicher Richtung entlang der Bahnstrecke bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 483 N: 58 87 059, von dort ca. 179 m in nördlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie bis zum südöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 29 an einem Feldweg, von dort ca. 217 m in westlicher Richtung entlang dem Feldweg bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 268 N: 58 87 233, von dort ca. 590 m in nördlicher Richtung entlang einer gedachten geraden Linie bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 234 N: 58 87 822, von dort ca. 271 m in östlicher Richtung entlang der äußeren Grenze der Zone II bis zu einem Punkt mit den Koordinaten O: 32 97 505 N: 58 87 822 an der K 7016, von dort ca. 79 m in nördlicher Richtung entlang der K 7016 bis zum östlichsten Eckpunkt des Flurstücks 164 der Flur 3 in der Gemarkung Retzin, dem Ausgangspunkt der Beschreibung der Grenze der Zone III.

Übersichtskarte

Anlage 2



Anlage 3

Begriffsbestimmungen	
1. Umrechnungsschlüssel für Großvieheinheiten	
<b>Tierart</b>	<b>Großvieheinheiten</b>
Kälber (außer Mastkälber) und Jungvieh unter 6 Monaten	0,300
Mastkälber	0,400
Rinder von 6 Monaten bis 2 Jahren	0,600
Rinder von mehr als 2 Jahren	1,000
Equiden unter 6 Monaten (Pferde, Esel, Ponys)	0,500
Equiden von mehr als 6 Monaten (Pferde, Esel, Ponys)	1,000
Mutterschafe	0,150
Schafe (außer Mutterschafe) von mehr als 1 Jahr	0,100
Ziegen	0,150
Ferkel	0,020
<b>Mastschweine</b>	
- bei Betrachtung der gesamten Mastdauer	0,130
- bei zweistufiger Betrachtung:	
= Läufer (20 bis 50 kg)	0,060
= sonstige Mastschweine (über 50 kg)	0,160
Zuchtschweine	0,300
Geflügel	0,004
Darwid bis zu 18 Monaten	0,050
Darwid über 18 Monate	0,110
Rohwid bis zu 18 Monaten	0,100
Rohwid über 18 Monate	0,220
Lama 0,300	
Laufrüßel (z. B. Strauße)	0,240
Mutteralpak	0,150

2. „Freilandtierhaltung“ liegt vor, wenn die unter Nummer 1 genannten Tierarten im Freien gehalten werden.

3. Schwarzbrache ist gepflügter Ackerboden ohne Einsatz einer nachfolgenden Zwischen- oder Hauptfrucht, soweit dies nicht fruchtfolge- oder witterungsbedingt ausgeschlossen ist.

4. Niederschlagsabflüsse gering belasteter Herkunftsflächen stammen zum Beispiel von:

- Grundstücken; Wiesen und Kulturland mit möglichem Niederschlagsabfluss in das Entwässerungssystem,
- Dachflächen ohne Verwendung beziehungsweise mit nur geringen Anteilen aus unbeschichteten Metallen (Kupfer, Zink, Blei),
- Terrassenflächen in Wohn- und vergleichbaren Gewerbegebieten,
- Rad- und Gehwegen in Wohngebieten bzw. außerhalb des Spritz- und Sprühfahnenbereiches von Straßen (Abstand über 3 Meter),
- Hofflächen und PKW-Parkplätzen in Wohngebieten und vergleichbaren Gewerbegebieten,
- wenig befahrene Verkehrsflächen (bis zu 2000 Kraftfahrzeuge in 24 Stunden), wie Anlieger- und Erschließungsstraßen in Wohn- und vergleichbaren Gewerbegebieten sowie verkehrsberuhigten Bereichen.